

**Auszug aus der Niederschrift
über die 09. Sitzung der Bürgerschaft am 18.11.2021**

Zu TOP : 9.11

Keine Einstellung der Strom- und Gasversorgung durch die SWS bis Mai 2022

Einreicher: Fraktion DIE LINKE.

Vorlage: AN 0186/2021

Herr Buxbaum begründet, dass es bei dem Antrag um eine Handlungsoption für die Stadtwerke geht, welche finanziell unschädlich ist. Er erläutert, dass es nicht um die kostenlose Überlassung, sondern lediglich um die Sicherstellung von Strom oder Gas während der Wintermonate geht.

Für die CDU/FDP-Fraktion erklärt Herr Dr. Zabel, dass diese den Antrag ablehnt. Im Weiteren begründet er die Entscheidung dadurch, dass die bundesrechtlichen Vorschriften angepasst wurden.

Zum einen wurde die Ankündigungsfrist verlängert und zum anderen ist der Abschluss einer Ratenzahlungsvereinbarung festgelegt worden. Er ergänzt, dass aus der Strom- und Gasgrundversorgungsverordnung ebenfalls ergeht, dass bei Gefahr von Leib und Leben der Energiedienstleister den Strom nicht abschalten darf.

Herr Dr. von Bosse teilt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI mit, dass der Antrag abgelehnt wird. Er ist der Ansicht, dass hierdurch Missbrauch betrieben werden könnte und schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Zabel an.

Für die AfD-Fraktion teilt Herr Kühnel die Ablehnung des Antrags aus bereits genannten Gründen mit.

Herr Adomeit betont, dass die Energiekosten durch die Windkraftanlagen steigen. Außerdem sollte aus seiner Sicht die CO²-Steuer ausgesetzt werden.

Herr Quintana Schmidt befürwortet die Energiewende unter Berücksichtigung des sozialen Aspekts.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass das Ziel der Hansestadt Stralsund ist, die Energiewende nachhaltig zu schaffen.

Der Präsident der Bürgerschaft stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt den Oberbürgermeister zu beauftragen, auf die Stadtwerke dahingehend Einfluss zu nehmen, dass bis zum Mai 2022, die Stadtwerke keinen ihrer Kunden die Lieferung von Strom oder Gas, wegen Zahlungsrückständen, unterbricht.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. Jan Kuhn

Stralsund, 13.12.2021